Erscheint Mittwoche. Redaktions-Schluß: Sonntag. - Vierteljährlicher Abonnement 1,50 Reichsmark. Für Nichtmitglieder nur Postbezug. Anzeigenpreise: Die einspaltige Nonpareillezeile (Flächenberufsfach ausgeschlossen) 0,40 Reichsmark. Stellenvermittlungs-Anzeigen die Zeile.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher; Sitz Hamburg 6

Verantwortl. Redakteur: Otto Trestlich, Nürnberg. ✦ Fernsprecher: Nr. 24403. Anzeigen-Annahme u. Redaktion: Nürnberg 4 (Postfach). ✦ Verwaltstelle: Essenweinstraße 11. Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen: für Inseratenw. Postscheckkonto Nürnb. 25786 Exped. „Der Schuhmacher" Nürnberg.

Nummer 42 — Nürnberg, den 17. Oktober 1928 — 42. Jahrgang

Trotzige Faust...

Trotzige Faust und trotzige Stirne
Und ein heißes Herz von Sehnsucht entfacht,
Streben empor in blauende Firne,
Streben zur Sonne, zu bannen die Nacht!

Trotzige Faust und trotzige Stirn
Und ein heißes Herz — vor diese drei
Setze das kühl überlegende Hirn,
Dann erst werden die Menschen frei!

Kraft und Mut und der Liebe Macht
Sind mächtige Hebel, zu enden die Not,
Doch erst das Hirn, das da grübelt und wacht,
Zeigt Richtung und Ziel in das Morgenrot!

Taefs.

Die Aufwärtsbewegung der Löhne in der amerikanischen Schuhindustrie

I.

In der Nordamerikanischen Union (Vereinigte Staaten) ist die Lohnstatistik für eine Reihe wichtiger Industrien von amtlicher Seite in Angriff genommen. Die amtliche Lohnstatistik erfolgt auch die Lohnentwicklung in der Schuhindustrie von zwei zu zwei Jahren, und zwar bereits seit 1907.

Als jüngste Veröffentlichung in dieser Beziehung kommt die Lohn- und Arbeitszeitstatistik für 1926 in Betracht, die in dem amerikanischen Bericht des Arbeitsamtes Nr. 480 zusammengefaßt ist. Der Bericht umfaßt 151 Betriebe in 11 Staaten bei 19,925 männliche und 22,770 weibliche Arbeitnehmer beschäftigten. Nach diesen Zahlen zu schließen, scheint also auch in der amerikanischen Schuhindustrie die Frauenarbeit immer mehr an Boden zu gewinnen. Von den von der Statistik erfaßten 52,697 Personen sind 43,2 Prozent weiblichen Geschlechts.

Methodologisch betrachtet, geht diese amerikanische Lohnstatistik von großen allgemeinen Gesichtspunkten aus. Auf die Trennung der Arbeiter nach Lohnsystemen, Akkord- oder Zeitlohn, wird kein Wert gelegt. Untersucht wird lediglich die Höhe der ausgezahlten Löhne gleichviel wie die Geschäftslage zur Zeit der Erhebung gestaltet ist. Natürlich kommen die geleisteten Arbeitsstunden zur Berücksichtigung. Umfangreiches Tabellenmaterial gibt Aufschluß, in welcher Weise sich der durchschnittliche Stundenverdienst wie auch der durchschnittliche Wochenverdienst entwickelt hat. Die Lohnsumsätze wird auf alle in den in die Statistik einbezogenen Betrieben Beschäftigten erstreckt. Eine Trennung der festgestellten Arbeitslöhne nach Sparte, Arbeitsverrichtung und Geschlecht dringt statistisch in die Einzelheiten vor.

Die Aufwärtsbewegung der Löhne in der amerikanischen Schuhindustrie zeigt seit der Vorkriegszeit eine stark aufsteigende Linie. Leider die Statistik Zeiterhebung ist sie umfaßt 52,697 Schuhindustriearbeiter, während in ganz Amerika nach dem Zensus von 1923 225,216 Schuhfabrikarbeiter gezählt wurden, müssen ihre Ergebnisse wohl als typisch für die betreffende Industrie betrachtet werden. Denn es sind eine Reihe der markantesten Zentren der Schuhindustrie für die Statistik herausgegriffen und die Statistik umfaßt 57 Prozent aller Lohnempfänger dieser Industrie in den betreffenden Staaten.

Das Gesicht der Statistik für den Jahreszeitraum 1926 läßt vermuten, daß in diesem Jahre der allgemeine Beschäftigungsgrad sich gehoben hat, zum mindesten gegenüber dem Zeitpunkt der vorigen Erhebung, die bekanntlich 1924 stattfand. Die Uebersicht der vorliegenden Durchschnittslohntabellen wird durch entsprechende Zahlenreihen unterlegt, aus denen ohne weiteres ersichtlich ist in welchen Sparten die Verdienstlage sich verbessert hat. Bei der Mehrzahl der Arbeitsverrichtungen hat nach den Tabellen eine weitere Aufwärtsentwicklung im Verdienste Platz gegriffen, allerdings sind auch einige Sparten vorhanden, die einen Rückgang der Verdienste aufweisen.

Für die nachfolgende Darstellung greifen wir auszugsweise die Gesamtentwicklung der durchschnittlichen Wochenverdienste heraus, da eine Berücksichtigung der Stundenlöhne wegen der unterschiedlichen Bemühungen der Arbeitszeitnahme nicht das Richtige trifft. Als Grundlage für die Anderberechnung sind die Ergebnisse für das Jahr 1913 gleich 100 gesetzt. Der allgemeine Durchschnitt „Wochenverdienst" der amerikanischen Schuhfabrikarbeiter hat sich nach der Statistik wie folgt entwickelt:

Jahr	Durchschnittlicher Wochenverdienst in Dollar überhaupt	Allgem. Index des Wochenverdienstes 1913 = 100	Index des Wochenlohnes der Oberholer (Hand)	Wender (Hand)	Schärferinnen
1910	16,07	94,1	89	—	87
1911	16,37	95,8	95	—	88
1912	15,91	93,2	95	90	93
1913	17,08	100,0	100	100	100
1914	13,26	100,2	105	103	99
1916	14,11	109,6	108	118	99
1918	17,54	132,5	134	143	129
1920	26,97	203,7	208	250	189
1922	24,45	184,7	208	210	188
1924	25,28	190,9	180	224	203
1926	25,87	195,4	214	244	200

Der allgemeine Durchschnitt wie auch der allgemeine Lohnindex gibt nur einen Ueberblick im großen ganzen ab, denn es sind hier ja die Löhne aller Arbeiter, der männlichen wie der weiblichen, der jugendlichen wie der erwachsenen, zusammengeworfen. Für die Beurteilung der Angaben über den Durchschnittslohn ist beachtlich, daß von 1910 bis 1913 Angaben nur für eine Reihe hauptsächlicher Beschäftigungsarten gesammelt wurden. Seit 1914 wurden die Angaben für die Beschäftigten in allen Abteilungen gesammelt. Von da ab ist also die richtige Vergleichbarkeit gegeben.

Im Zeitraum von 1910 bis 1913 stieg der Lohnstand um sechs Prozent, sodann im Zeitraum von 1913 auf 1920 in gewaltigen Ausmaß um 100 Prozent. Nach einem gewissen Nachlaßen (1922) nahert er sich nun bereits wieder dem 1920 innegehabten höchsten Stande. Von 1924 bis 1926 hat sich der Lohnstand wiederum merklich gehoben.

Wie bemerkt, ist zu berücksichtigen, daß in dem Allgemeindurchschnitt die weniger gut bezahlten Arbeitsverrichtungen natürlich mit enthalten sind. Schon der oben auszugsweise wiedergegebene Index des Lohnes für die Oberholer, die Wender und die Scharferinnen zeigt, daß bei den qualifizierten Arbeitsparten der Lohnanstieg in noch stärkerem Tempo erfolgte, als die allgemeine Ziffer anzeigt und die Durchschnittslöhne sind dort auch höher gelagert.

Wertvolle Einblicke werden auch erst bei Betrachtung der Ergebnisse für die einzelnen Beschäftigungsarten gewonnen, wobei die Löhne für die **Männer wie für die Frauen gesondert** nachgewiesen sind. Offenbar hat im Zeitraum von 1924 auf 1926 eine besondere Bewegung für Heraufsetzung der Frauenlöhne eingesetzt, denn es stieg in diesem Zeitraum der Index bei den Futternähterinnen von 175 auf 196; bei den Schrankfabrikerinnen von 196 auf 206; bei den Knopflochnäherinnen von 177 auf 206; bei den Knopfbefestigerinnen von 150 auf 178; schließlich bei den Blattstepperinnen von 191 auf 194.

Ueber die Höchst- und Mindestverdienste im Jahre 1926 für Männer und Frauen gesondert ergibt die Erhebung folgendes: Bei den männlichen Arbeitern, also auch den jugendlichen inbegriffen, schwankt der Verdienst zwischen 17,09 Dollar in der Fertigmacherei (Schuhtiefenerzeugnisse) und 45,68 Dollar in der Bodenabteilung (Einlegen). Bei den weiblichen Arbeitern schwankt der Durchschnittswochenlohn zwischen 11,60 Dollar (Stiftezaunziehen) und 31,08 Dollar (Sohlen Einlegen). Der höchste Durchschnittsstundenlohn belief sich auf 93,8 Dollarcent = 3,94 Reichsmark.

Der allgemeine Durchschnitt der Stundenlöhne (Tabelle auf Seite 4 der statistischen Nachweisung) belief sich bei den Männern auf 62,2 Dollarcents, bei den Frauen auf 40,1 Dollarcents, im gesamten auf 52,8 Dollarcents. Der allgemeine Durchschnitt der Wochenverdienste belief sich bei den Männern auf 30,48 Dollar; bei den Frauen auf 19,05 Dollar = 128,01 bzw. 82,53 Reichsmark.

Einige der wichtigsten und bestbezahlten Berufsgruppen verzeichneten folgende Durchschnittslöhne (in Dollar):

	Zuschneider (Hand)	Blattstepper	Oberholer (Maschine)	Wender (Hand)	Einlecher	Oberleinen-Stepperinnen	Blatt-Stepperinnen	Oberleder-Scharferinnen
1910	17,86	16,24	18,37	—	21,49	10,09	13,46	9,94
1911	17,50	17,42	18,18	—	25,21	10,95	13,16	9,97
1912	17,58	16,76	17,39	15,25	24,75	10,81	12,68	10,58
1913	19,05	17,47	19,42	17,00	27,10	11,17	13,45	11,78
1914	19,66	17,04	19,66	17,56	27,68	11,48	13,14	11,30
1916	20,12	18,14	20,70	20,07	28,50	11,87	13,95	11,26
1918	25,06	22,73	26,77	24,74	32,29	14,57	16,11	11,73
1820	40,29	33,65	41,08	42,49	47,81	21,94	25,09	21,47
1922	38,11	30,09	36,06	35,76	43,20	21,16	23,54	20,84
1924	40,56	31,08	36,34	38,08	45,24	22,77	25,64	23,12
1926	39,51	35,72	37,69	41,50	45,68	23,96	26,07	23,77

Bei einigen Berufsgruppen wird im Verhältnis zu 1913 nicht als das Doppelte verdient; ein stetiger Anstieg zeigt sich insbesondere auch bei den Verdiensten der Arbeiterinnen. Mit dem Jahre 1926 war bei der Fachgruppe der Einlecher — wie oben schon bemerkt — ein Durchschnittslohn von 45,68 Dollar, bei den Blattstepperinnen ein solcher von 26,07 Dollar erreicht; wohlgemerkt Durchschnittslöhne, bei deren Berechnung alle, auch die langsamen Arbeiter inbegriffen sind.

Man kann also in Amerika bei den Männern Durchschnittslöhne pro Woche in Höhe von 192 Mark. Ueberflüssig zu sagen, daß natürlich die effektiven Löhne der erwachsenen Vollarbeiter und Spezialarbeiter den Durchschnittslohn in praktischen Fällen wesentlich überschreiten. Die Statistik hat also die Feststellung bestätigt, daß nominell in Mark berechnet der amerikanische Arbeiter das drei bis vierfache des Lohnes bezieht wie der deutsche Arbeiter erzielt.

Die reale Kaufkraft natürlich ist geringer, d. h. der Preisstand der Waren und Lebensbedürfnisse in Amerika in Mark berechnet, ist ein höherer als bei uns. Die Kaufkraft des Dollars in Amerika dürfte, rob berechnet, mit unserer hiesigen Kaufkraft von 2 Reichsmark zu veranschlagen sein. Aus den amerikanischen Lohnen, in deutsche Mark umgerechnet, und auf diese Art verglichen, ist zu ersehen, wie bedeutend sich der amerikanische Arbeiter gegenüber dem deutschen besser steht.

Ohne Zweifel sind in Amerika die Löhne rascher gewachsen als die Warenpreise. Mit der Lohnentwicklung nach oben ist das Realeinkommen des amerikanischen Arbeiters bedeutend gestiegen. Mit einer gleichartigen Lohnentwicklung nach oben durfte sich die deutsche Schuhindustrie bisher kaum messen können.

Mit der annähernden Verdoppelung des Lohnstandards in einem Zeitraum von 10 Jahren bei gleichzeitiger wesentlicher Verkürzung der Arbeitszeit kann die Arbeiterschaft in der amerikanischen Schuhindustrie einen Kulturaufstieg verbuchen, den im gleichen Maße zu erreichen der Arbeiterschaft in den meisten anderen Staaten versagt geblieben ist.

Vom Kongreß des Vereins für Sozialpolitik

Die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß die Wandlungen des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem immer wieder erörtert werden. Man streitet lebhaft darüber, ob der Kapitalismus über seine heutige Basis noch weiter hinausstrebe oder sich bereits auf abteigender Linie befindet. Der Verein für Sozialpolitik, der Juristentag, der Bankier in Köln und andere Konzerne der letzten Zeit haben sich mit den Wandlungen der kapitalistischen Wirtschaft beschäftigt.

Auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Zürich hatte Professor Sombart das Referat übernommen. Sombart vertritt bekanntlich den Standpunkt, daß wir in eine Periode des Spätkapitalismus leben. Zum Vortrag Sombarts lagen folgende Leitsätze zugrunde:

„1. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat außerhalb Westeuropas sich weiter ausgedehnt. Dadurch wird der Erdenrundbau für Westeuropa, dessen Wirtschaft im letzten Jahrhundert sich auf der Ausbeutung der übrigen Länder der Erde aufgebaut hat, verkürzt, das Zentrum seiner Reichtumsentstehung verlagert, seine wirtschaftliche Zahlungsunfähigkeit vermehrt werden.

2. Das kapitalistische Wirtschaftssystem erfindet selber eine weitere Ausgestaltung durch zunehmende: 1. Normatisierung, 2. Digitalisierung, 3. Statisierung. Es gerät dadurch je mehr und mehr vom 1. natural-technischen, 2. individual-wirtschaftlichen, 3. dynamischen Gepräge.

3. Das kapitalistische Wirtschaftssystem wird sich in der „kapitalistischen" Landwirtschaft weiter entwickeln, weil einerseits die vor- und außerkapitalistischen Wirtschaftssysteme (Eigenwirtschaft, Handwerk, Bauernstand) sich in ihrem bisherigen Umfange erhalten oder sich sogar noch ausdehnen werden, andererseits die nachkapitalistischen Wirtschaftssysteme künftig nur zunehmend an Bedeutung gewinnen werden (Genossenschaftliches Wirtschaftssystem, Gemeinwirtschaft, gemischt-öffentliche Unternehmungen).

Die Wirtschaftsperiode, in die wir eingetreten sind, trägt damit das Gepräge einer Uebergangszeit: sie ist die Spätperiode des herrschenden, die Frühperiode eines zur Herrschaft drängenden Wirtschaftssystems."

Sombart glaubt tiefgehende Wandlungen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sowohl der äußeren Gestalt als dem inneren Wesen nach feststellen zu können. Die Veränderung der Gestalt zeigt sich in der Konzentration der Betriebe, Kartellierung und Vertrustung. Die Wandlung zeigt sich ferner in einer neuen Feudalität, deren Träger eine Plutokratie oder Finanzkratie ist. Die individualistische Rechtsordnung des Kapitalismus ist im Begriff einer gebundenen zu weichen. Zum Teil kommen die Bindungen vom Unternehmer selbst (Kartelle usw.), zum Teil vom Staate (Arbeiterschutz, Schichtung, Kartellkontrolle), zum Teil auch von Arbeiterseite (Tarifverträge u. a.).

Gewandelt hat sich auch der Ablauf der Wirtschaft. An Stelle eines natürlichen Verlaufs ist ein künstlich gesteuerter getreten. Die Marktfunktionen sind ersetzt durch Festsetzung der Preise und Löhne. Sombart glaubt nicht an ein Wiederaufleben des alten Hochkapitalismus. Die vorkapitalistischen Zustände (Eigenwirtschaft, Handwerk, Bauernstand) behaupten mindestens ihren alten Bestand; daneben entwickeln sich die nachkapitalistischen Wirtschaftssysteme (Genossenschaften, öffentliche Unternehmungen u. a. m.). Aus alledem zieht Sombart, daß wir am Beginn einer neuen Wirtschaftsepoche stehen, die den Charakter einer Uebergangszeit trägt.

Den Ansichten Sombarts wurden auf der Zürcher Tagung widersprochen. Die Gegner waren der nicht unwichtigen Meinung, daß der Kapitalismus noch weite Gebiete in der Welt zu erobern hat, infolgedessen noch nicht am Ende seiner Kraft angelangt sein könne. Daneben feiert die Technik geradezu unbeschränkte Triumphe. Was die technische Entwicklung mit sich bringt, dürfte heute noch kaum zu übersehen sein. Richtig ist jedenfalls, daß auch der Kapitalismus Wandlungen unterworfen ist und der Arbeiterbewegung in diesem revolutionären Prozeß eine große Aufgabe zufällt.

Von der Tagung der Finanzmagnaten

Die Utopien eines „Praktikers".

Auf dem Kölner Bankiertag, wo viele schöne Worte für die Bedeutung des Privatkapitals gefunden und viele scharfe Bemerkungen gegen die öffentliche Wirtschaft gemacht wurden, hielt der mächtige Generaldirektor der „Danat" Bank, Jacob Goldschmidt, das Hauptreferat. Er erklärte, nicht als Bäuchenschätzer, sondern als Praktiker reden zu wollen. Ersteres ist zum wohl schon gut gelungen — insbesondere was die handgreifliche Bereicherung dessen, was ist, und dessen, was nach seinem Wunschen sein soll, anbelangt. Wie redet aber ein Praktiker zum deutschen Volke? Nur einiges aus seinem Referat soll hier mitgeteilt werden. „Zweck und Ziel der Tritt: wase . . . der Erzielung des höchsten Ertrages bei niedrigen Preisen, um so ein unbedingt breites Absatzgebiet zu sichern . . ." Monopole und moderne Preise — der Praktiker hat versäumt, auf den „praktischen" Gegensatz dieser beiden Dinge hinzuweisen. Allerdings konnte der Staat nach Goldschmidt „gefährliche Auswüchse" der Kartelle und Trusts bestrafen, doch nicht etwa durch eine energische Kontrolle der monopolistischen Organisationen, sondern mit anderen Mitteln. Insbesondere konnte der Staat unberechtigte Preissteigerungen durch eine Zollpolitik das ist Herabsetzung der Zölle verhindern. Es wäre wohl sehr richtig, die Warte der Zollpolitik gegen die Monopole in Anwendung zu bringen, wenn nach angesichts der internationalen Kartellorganisationen kein ausreichendes Mittel. Indessen pflegen die hinter der „Danat"-Bank stehenden Großunternehmer stets auf eine Erhöhung der Zölle zu drängen und den Zollabbau mit allen Mitteln zu behindern.

Bemerkenswerte Aeußerungen machte Direktor Goldschmidt über die Bedeutung des inneren Marktes: in erster Linie sei

der Inlandsmarkt zu erfassen, durch vergrößerten Umsatz seien die Preise zu verbilligen und auf diesem Wege dank niedriger Preise der Export zu fördern. Weder verschwiegen hier der Professor Goldschmidt, daß die Monopole eine Wirtschaftspolitik führen, die seinen Thesen „hemmend" entgegenstehe, — kein Wort weiter ist über die Schlendereinstellung, die von den monopolistischen Organisationen durch Hochhaltung der Inlandspreise getrieben wird! Sehr „deutlich" seine Bemerkungen darüber, daß die Unternehmerschaft „zum einzigen möglichen starken Ablauf der Gewinne in das große Sammelbecken der nervenjagenden und arbeitenden Volksgesamtheit Zeitge treten muß". Doch redet er in gleichem Atem darüber, daß heute so notwendige Kapitalbildung an „geschmeidigsten bei Zinsen einer Quelle" erfolgen soll, mit anderen Worten: die Unternehmer sollen übergroße Gewinne machen, um ihre Betriebe aus den laufenden Gewinnen zu erweitern und zu rationalisieren („Selbstfinanzierung"). Zu besonders allem Ueberfluß erscheint aber bei praktischer Zinn der Generaldirektors, indem er noch ausführlichem Maßen an die Stelle der Sozialpolitik [illegible] Gewinnabgabe setzen möchte. Der Unternehmer solle, statt „soziale Politik" zu treiben, lieber höhere „Leistungslohne" zahlen, weil [illegible] „Zum einzelnen Arbeiter selbst die Verantwortung anvertrauen, aus seinem Arbeitskapital [illegible] heraus für sich und seine Familie zu sorgen, und weil es das Individuum zur Anspannung und Entfaltung aller Energien herausfordern wird, die einen Aufstieg aus der Masse bewirken können".

Goldschmidt gibt uns hier ein Rezept, das in die Verhältnisse des Finanzkapitalismus mit seinen Auffstiegsmöglichkeiten einigermaßen passt, obwohl es auch zu jenen Zeiten dem Arbeiter ebensowenig möglich war, wie heute, aus seinem „Arbeitskapital" für sein Alter und seine Familie zu sorgen. Auf den entwickelten Hochkapitalismus mit seiner Fixierung von Arbeitskassen, mit seiner Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und mit den sich stets verminderten „Aufstiegsmöglichkeiten" sind aber die Vorschläge Goldschmidts Utopien, die, wenn sie aufrichtig genannt sind und nicht der Verschleierung egoistischer Unternehmerabsichten dienen sollen, ein merkwürdiges Bild von dem Urteilsvermögen des hervorragenden Praktikers ergeben.

Und nun zur politischen Seite des Referats: Goldschmidt predigt, es müsse unserer Zeit gegenüber den Uebergriffen der öffentlichen Wirtschaft gerade die „Heiligkeit des Sondereigentums" als Glaubensbekenntnis und Weltanschauung wieder eingeimpft werden. Er sieht bereits wieder in Deutschland einen neuen Mittelstand sowie eine geschulte Arbeiterfront entstehen, die die „Vorteile des privatwirtschaftlichen kapitalistischen Systems würdigen werden", und er rat dem Unternehmertum, sich für diese neuen Schichten besonders zu interessieren. Im Kampf gegen sozialistische Einflüsse ist eben jeder Bundesgenosse, der irgendwie am Eigentum interessiert ist, recht. Diese werbenden Bemühungen der Bank- und Industriemaßigen um den kleinen Kaufmann, den Handwerker und den sparenden Arbeiter werden vergeblich sein. Die Interessengegensätze sind so groß, daß das Finanzkapital hier vergeblich Anhänger suchen wird.

Die wirtschaftlichen Darlegungen Goldschmidts und seine politischen Zielsetzungen haben den vollen Beifall des Bankparlaments gefunden. Die Resolutionen sind im wesentlichen der Niederschlag dieser Gedankengänge. Nur in einem Punkte fand Jacob Goldschmidt Widerspruch bei einem prominenten Kollegen. Der Vorschlag Goldschmidts, die deutschen Aktiengesellschaften sollten nun gerade im Gefühl der Ueberlegenheit der Privatwirtschaft auch ihren Geschäftsverlauf und ihre Geschäftsergebnisse offen darlegen, wurde von den Hamburger Bankier Warburg doch als höchst aktualistisch angesehen und abgelehnt. Warburg meinte, „vorläufig standen der Publizität noch vier Feinde gegenüber. Der erste Feind sei der Arbeitnehmer, der nicht einsehe, daß größere Gewinne auch größere Reserven erforderten, der zweite Feind der Aktionar, der dritte das Finanzamt, der letzte der Reparationsagent". Nun, das ist immerhin eine eisernliche Offenheit, das heißt auf deutsch: Wir wollen trotz Gewinnsteigerung keine höheren Löhne, keine dem Gewinn entsprechenden Steuern zahlen, nicht höhere Dividenden ausschütten und wunschen die Belastung der Reparationslasten vom Besitz auf die besitzlosen Massen. Das ist wohl die kurzeste Formel des Unternehmerprogramms.

Die Herren Bankiers entpuppten sich auf ihrer Tagung also als Reaktionäre vom reinsten Wasser. Selbst die „Frankfurter Zeitung" brachte u. a. folgende kritische Wurdigung:

„Fast immer, nämlich da, wo der eine oder der andere von den zehn Referenten sich in langstieliger Umrankung seines eigentlichen Themas umgang, wurden die Vorträge zu einer Monotonie entweder gegen die öffentliche Hand, oder gegen den sozialen Zug der inneren Politik oder gegen die nicht vorhandene Klassenkampfparole, als ob irgendeine Gefahr bestande, die anderer Art wäre als die laufende Anpassung der Reparationslasten vom Besitz auf die besitzlosen Massen. Das ist wohl die kurzeste Formel des Unternehmerprogramms.

Insbesondere das Referat Goldschmidt enthielt auch die abgeleiteten Phrasen gegen das Schichtungsowesen und gegen Uebergriffe der staatlichen Gewalt. Eine umfassende Sozialpolitik, die sich namentlich in einer starken Sozialversicherung zeigt, ist nach den Worten Goldschmidts von Uebel.

Angesichts dieser antisozialen Einstellung dieser Bankgewaltigen erscheint es angezeigt, doch einmal nachzupusten, wie das Finanzgebaren der Banken sich in den letzten zwei Jahren gestaltet hat. Man findet, daß sich Rohgewinn, Reserven und Aktienkapital bei den großen Bankunternehmen wie folgt entwickelt haben:

Banken	Rohgewinn in Millionen 1926	1927	Reserven in Millionen 1926	1927	Akt.-Kapital in Millionen 1926	1927
Deutsche Bank	121,50	129,12	50,10	77,50	150,00	150,00
Disconto-Gesellschaft	81,40	81,51	61,00	61,50	125,00	125,00
Dresdner Bank	70,53	76,59	28,50	30,00	100,00	100,00
Darmstadter Bank	77,40	78,41	40,00	50,00	60,00	60,00
Commerzbank	52,49	60,28	22,00	34,12	42,00	60,00
Handels-Gesellschaft	11,13	11,61	5,00	5,00	22,00	22,00
Mitteldeutsche Bank	8,72	9,10	2,30	2,26	22,02	22,02

Im Jahre 1928 zahlten die deutschen Großbanken für jedes Mitglied des Aufsichtsrates folgende Betrage: Berliner Handelsgesellschaft 8980 ℳ, Commerz- und Privatbank 10,240 ℳ, Darmstadter und Nationalbank 8571 ℳ, Deutsche Bank 11,884 ℳ, Disconto-Gesellschaft 15,035 ℳ, Dresdner Bank 10,398 ℳ. Nach den neuesten Ausweisen zahlen einige Großunternehmungen im letzten Jahre insgesamt folgende Tantiemen:

	Mark
J. G. Farbenindustrie	1,929,000.—
Deutsche Bank	677,419.—
Disconto-Gesellschaft	650,000.—
Commerzbank	508,100.—
Dresdner Bank	456,186.—
Siemens & Halske	414,000.—
Hapag	413,915.—
Norddeutscher Lloyd	352,202.—
Adac	267,000.—
Afig	206,019.—
Metall Bank	157,345.—
Reichskredit	133,000.—
Schaffhausen	121,622.—
Mitteldeutsche	90,555.—
Vereinigte Stahlwerke	49,000.—
Berliner Maschinen	25,500.—
insgesamt	6,642,116.—

Der Bankwelt sieht es nach diesen Feststellungen recht schlecht an, gegen die Sozialpolitik zu Felde zu ziehen; ebensowenig gegen die Erhöhung der Löhne.

Produktionserhebung in der Lederindustrie

Die amtliche Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" gibt in einem Sonderheft Nr. 4 eine Sammlung der Ergebnisse wichtiger Produktionsstatistiken bekannt. Die Produktionserhebungen erstrecken sich bisher hauptsächlich auf die Grundstoffindustrien, während von den Fertigwarenindustrien bisher nur einige wichtige Produktionsstatistiken erhoben sind. So fehlt bekanntlich für die Schuhindustrie bisher noch eine amtliche Produktionsstatistik. Für die Lederindustrie war im Jahre 1925 eine Erhebung veranstaltet worden, deren Ergebnisse im „Schuhmacher" Nr. 22, Jahrgang 1927, wiedergegeben sind. Nunmehr liegen uns neue, genauere Sonderheft die Vergleichszahlen vor.

Die Statistik zählt 1926/1927 deutsche Lederfabriken mit 36,829 Beschäftigten. Der Wert der Erzeugung im Jahreszeitraum von 1926 beziffert sich auf rund 860 Millionen Mark, die an Löhnen und Gehältern ausgezahlte Summe auf 73 Millionen Mark. Der Wert der verarbeiteten Häute und Felle beziffert sich auf 411 Millionen Mark. Die Gesamterzeugung an Leder, nach dem Gewicht gerechnet, beziffert sich auf 114,6 Millionen Mark, hinzu treten die Nebenerzeugnisse mit 19,6 Millionen. In der so genannten Lohngerbung für Rechnung ausländischer Firmen betrug in dem letzten laufenden Jahreszeitraum die Lohnsumme 55 Millionen Mark. — Ueber Einzelheiten unterrichten folgende Tabellen.

Anzahl der Lederfabriken (Gerberei)

	1925	1926
Gesamtzahl der Betriebe	1321	1307
Wert der Erzeugung (in 1000 ℳ)	798352	860992
Kopfzahl der berufsgenossenschaftlich Versicherter Personen (einschl. Betriebsbeamter) am 1. Januar	46904	38691
am 1. April	46957	34768
am 1. Juli	46462	34207
am 1. Oktober	45191	36629
Lohne und Gehälter (in Millionen ℳ)	86	73

Erzeugung an Leder

		Lohgar (einschl. Gerbung)	Chromgar (trocken und kombiniert)	Weißgar	Sämischbeizen und anderes
		in 1000 kg			
Lackleder	1919	3 592	680	—	—
	1925	1 150	3 259	—	—
	1926	492	2 842	—	—
Sohl-, Vache- und Brandsohlleder	1919	70 200	5 59	—	10
	1925	66 324	3 197	—	56
	1926	63 867	518	—	60
Oberleder, Fein- und Futterleder, Geschirr-, Sattler-, Wagen-, Pontor-, Möbel- und Taschenleder	1919	26 592	14 927	397	56
	1925	20 077	13 910	193	91
	1926	17 906	11 805	196	51
Leder für technische Zwecke	1919	6 998	566	42	583
	1925	4 746	862	24	457
	1926	4 301	564	14	401
Handschuhleder	1919	5	—	1 757	144
	1925	30	24	672	266
	1926	6	119	685	167
Gegerbte Spalte jeder Art und Abfälle	1919	13 957	379	3	31
	1925	9 137	2 162	1	55
	1926	8 443	2 062	1	49
Anderes Leder	1919	2 558	11	40	68
	1925	562	21	216	59
	1926	457	—	41	38
Insgesamt	1919	124 012	17 613	2 219	859
	1925	102 026	23 436	1 166	924
	1926	92 572	19 830	957	766
Erzeugung an Leder insgesamt 1000 kg	1910	143 163			
	1925	126 541			
	1926	114 605			

Verarbeitete rohe Häute und Felle

	Trockene, auch trockengesalzene 1925	1926	Grüne und naßgesalzene 1925	1926
	1000 kg			
Roßhäute	24	10	10 826	12 770
Rindhäute (einschl. Büffelhäute, Kipse usw.)	20 215	21 111	165 784	151 7[illegible]
Kalbfelle	586	149	40 361	30 5[illegible]
Ziegenfelle	4 551	4 391	1 201	9[illegible]
Zickelfelle	581	625	24	—
Schaffelle	2 628	2 672	14 592	8 6[illegible]
Lammfelle	1 550	2 303	68	26[illegible]
Schweinefelle	37	113	—	—
Gazellenfelle	78	35	—	—
Renntierfelle	81	50	—	—
Hirschfelle	138	109	2	1
Rehfelle	222	189	2	—
Karnickelfelle	18	20	11	1
Fleischspaltte, als solche roh bezogen	87	93	1 826	58[illegible]
Handelsfelle	3	33	31	20[illegible]
Schwein[illegible]häute	3	1	246	17[illegible]
Krokodil-, Eidechsen-, Schlangen- und Andere Häute	3	15	31	[illegible]
Sonstige Häute und Felle	69	29	1 458	10[illegible]
Insgesamt	47 356	31 907	236 468	206 44[illegible]
Wert der verarbeiteten Häute und Felle (rohe Gew.-Erz.)	1925	326 Millionen ℳ		
	1926	411 „ „		

Gesamterzeugung an Leder (detailliert)

		1925	1926
Lohgar	Wert in 1000 ℳ	424 221	379 052
Chromgar		336 775	278 311
Weißgar		20 062	16 596
Sämischleder usw.		7 174	6 861
Gesamterzeugung an Leder, für eigene Rechnung	Menge (1000 kg)	129 543	114 605
	Wert (1000 ℳ)	788 932	680 992
Wert der Nebenerzeugnisse 1000 ℳ		23 311	19 649
Lohngerbung für Rechnung inländischer Betriebe, die nicht Lederfabriken oder Gerbereien sind und für ausländische Rechnung		1000 kg	
Verarbeitete Haute und Felle		3 720	2 615
Verbrauchte Gerb- und Hilfsstoffe		3 631	2 098
Erzeugung an Leder		1 647	1 161
		1000 ℳ	
Betrag der an die Lohngerber gezahlten Löhne		4 269	3 028

Vergleich mit der Vorkriegszeit (1910)

Verarbeitete rohe Haute und Felle (in 1000 kg)

Jahr	Insgesamt: trockene, auch trockengesalzene	Insgesamt: grüne und naßgesalzene	Roßhäute: trockene, auch trockengesalzene	Roßhäute: grüne und naßgesalzene	Rindhäute (einschl. Büffelhäute, Kipse usw.): trockene, auch trockengesalzene	Rindhäute: grüne und naßgesalzene	Kalbfelle: trockene, auch trockengesalzene	Kalbfelle: grüne und naßgesalzene	Ziegen- und Zickelfelle: trockene, auch trockengesalzene	Ziegen- und Zickelfelle: grüne und naßgesalzene	Schaf- und Lammfelle: trockene, auch trockengesalzene	Schaf- und Lammfelle: grüne und naßgesalzene
	1000 kg											
1910	66 525	231 318	1 695	13 468	34 414	165 091	3 632	46 427	9 335	728	14 117	4 729
1925	47 356	258 438	24	10 826	36 255	165 784	586	40 361	5 135	1 225	4 247	14 655
1926	31 907	206 443	10	12 770	21 111	151 738	149	30 585	4 224	979	4 975	8 867

Verbrauch an Gerb- und Hilfsstoffen (in 1000 kg)

Jahr	Gerbrinden (auch gemahlen) insgesamt	Gerbrinden: davon Eichenrinden	Gerbrinden: davon Fichtenrinden	Gerbholz (Quebrachoholz und anderes Gerbholz)	Andere pflanzliche Gerbmittel (Kastanienholz, Sumach usw.)	Gerbstoffauszüge insgesamt: flüssig	Gerbstoffauszüge insgesamt: fest	Gerbstoffauszüge davon Quebrachoauszüge: flüssig	Gerbstoffauszüge davon Quebrachoauszüge: fest	Chromgerbmittel	Künstliche Gerbstoffe	Öle und Fette	Andere Gerb- und Hilfsstoffe
	1000 kg												
1910	163 978	82 164	59 977	46 145	36 171	57 185	8 055	28 940	7 072	22 277	—	12 112	29 744
1925	132 567	60 565	44 732	14 015	16 511	36 909	28 968	17 123	24 546	14 084	5 431	9 538	41 519
1926	114 728	54 525	40 453	8 326	12 768	24 894	28 442	12 236	21 220	11 538	6 047	7 198	37 48[illegible]

Kapitalismus und Christentum

wie Feuer und Wasser

Das Christentum wird nur allzuoft als Vorspann für die kapitalistische Wirtschaftsordnung benutzt. Das Eigentum solle von Gott sein, die Arbeitskraft des Arbeitnehmers im kapitalistischen Wirtschaftssystem gehöre zu den „gottgewollten Ordnungen".

Gegenüber diesen Versuchen, die heutige Wirtschaftsordnung mit dem Christentum zu bekämpfen, ist eine Zuschrift bemerkenswert, die die Landesleitung der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche" veröffentlicht. Das Blatt erklärt zwar, daß es sich mit dem Inhalt nicht völlig identifiziere, daß die Zuschrift aber „die Stimmung weiter und nicht unbedachtlicher Kreise zum Ausdruck bringt". Der Einsender formulierte eine „Revolutionäre Bewegung vom Geistigen, Sittlichen und Religiösen her" gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem. Er schreibt:

„Heute ist die Erkenntnis allgemein: der Kapitalismus ist seinem Wesen nach schlecht; und zu verwerfen . . . Der individualistische Kapitalismus steht im schroffsten Gegensatz zur christlichen Sozialethik und Moral. **Kapitalismus und Christentum stehen sich einander gegenüber, wie Feuer und Wasser.** An dieser Stelle wurde bereits gesagt, das bedeute eine Revolution vom Christlichen her."

Der Verfasser findet es bezeichnend, daß die Feststellungen „den Kopfnickern des kapitalistischen Systems" mißfallen. Aber das sieht ihn nicht an:

„Man drehe es, wie man will: **vor Gott gibt es kein Eigentumsrecht und auch nicht in der natürlichen menschlichen Ordnung,** welches das Recht des Nachsten auf eine menschenwürdige Existenz beeinträchtigen kann. . . . Man mag sich noch so sehr dagegen sträuben, die heutige Verteilung des Eigentums entspricht nicht den christlichen Grundsätzen, denn sie ist nicht mit ihnen zustande gekommen. Ich weiß sehr wohl, daß sich gegen diese Folgerung heftiger Widerspruch und Bedenken geltend machen werden. Aber sie ist folgerichtig: das Eigentumsrecht der heutigen Besitzer steht auf wackeligen Füßen. Denn es ist kein auf christlichen Grundsätzen beruhendes und nach christlichen Grundsätzen erworbenes Recht."

Aus dieser Einstellung gelangt der Einsender zur Forderung einer „Revision der heutigen Eigentumsverteilung", zur Forderung, daß das „Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatssystem des Kapitalismus bekämpft und überwunden werden muß vom Geistigen und Religiösen her."

Es ist bezeichnend, daß aus den Kreisen der christlichen Gewerkschaften — Lambach als Führer des christlich-deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes — der Vorstoß gegen den monarchischen Gedanken kam; seit dieser Vorstoß gegen den Monopolkapitalismus. Daß er keine Aenderung der christlichen Gewerkschaftsrichtung bringen wird, liegt auf der Hand. Aber er ist ein Beweis dafür, welche Gärung in der christlichen Arbeitnehmerschaft vorhanden ist.

Internat. Gewerkschaftsbund

Citrine zum Präsidenten, Sassenbach zum Generalsekretär gewählt.

Dem allgemeinen Ansschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam wurde bei Behandlung der Neugestaltungsfragen vom Vorstand vorgeschlagen, für den seit dem Pariser Kongreß unbesetzten Platz eines Vorstandsmitgliedes das Sekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes, Citrine, anzuwerben. Der Ausschuß pflichtete diesem Antrag einstimmig bei. An Stelle des aus Altersrücksichten aus dem Vorstand ausscheidenden Hebsch Madsen-Dänemark, wurde Jacobsen ernannt. Endlich wurde der Ausschuß einstimmig Walter M. Citrine zum Präsidenten des IGB.

Der Pariser Kongreß des IGB. hat bekanntlich beschlossen, den Sitz des IGB. in ein anderes Land zu verlegen und dem Ausschuß die Bezeichnung des Landes zu überlassen. Nachdem in dieser Frage in der Januartagung des Ausschusses beschlossen worden war, die angeschlossenen Länder zur Unterbreitung geeigneter Vorschläge einzuladen, hatte der Ausschuß erneut in dieser Frage Stellung zu nehmen. Nach ausführlicher Debatte wurde mit 26 gegen drei Stimmen und einer Enthaltung beschlossen, den Sitz des IGB. bis zum nächsten Kongreß (1930), der die endgültige Entscheidung zu treffen hat, in Amsterdam zu belassen. Zum Generalsekretär wurde einstimmig Genosse Sassenbach gewählt.

An die Lehrlingszüchter!

Ausbeutung ist nicht Ausbildung.

Der Berliner „Vorwärts" schreibt:

Unter dieser Ueberschrift brachte die „Berliner Schuhmacher-Zeitung", das Publikationsorgan des Reichsverbandes des deutschen Schuhmacherhandwerks, des Innungsverbandes der Provinz Brandenburg und des Groß-Berliner

Bezirkes der selbständigen Schuhmacher, einen herzerfrischenden Anblick, den wir des allgemeinen Interesses halber hier wiedergeben:

„Zeugnisausstellung und Lehrlingseinstellung pflegen ziemlich zusammenzufallen. Im voraus für den nächsten Termin gemeint sich an die „gewohnheitsmäßigen Lehrlingszüchter im Recht, wohl eine ernste Mahnung an unserm kurzen Nachwuchs ein grenzenloses Unrecht begehen, andererseits aber — wohl unbedacht — das ganze Schuhmacherhandwerk schwer schädigen und damit letzten Endes sich selbst.

Zunächst ist die Frage aufzustellen: Zu welchem Zwecke stellen die meisten Kollegen einen Lehrling ein? — Wohl, um an dem eine billige Arbeitskraft in ihrer Werkstatt zu haben. — Der frühere Lehrling hat seine Gesellenprüfung gemacht und mag nun zusehen, wo er anderwärts unterkommt; allein arbeiten möchte man nicht, das macht nach außen hin einen schlechten Eindruck, also wird ein neuer Lehrling eingestellt — wieder einer, der, wenn er ausgelernt hat, nicht weiß, wo er unterkommen soll — weder einer, der entweder der Arbeitslosenfürsorge anheimfällt oder in einer der vielen Zwangslehrlingsanstalten Unterschlupf findet, die man selbst bekämpft . . .

Der gewohnheitsmäßige Lehrlingszüchter denkt nicht darüber nach, ob es nicht vielleicht doch kaufmännischer gedacht wäre, dem eben ausgelernten Lehrling den Anfangsgesellenlohn zu zahlen, als ihr einer Schmutzkonkurrenz zu überantworten, wahrscheinlich sogar einer Schmutzkonkurrenz der nächsten Nachbarschaft, die ihn mehr schädigt, als der Anfangsgesellenlohn ausgemacht hätte. Und nun ein anderes glattes Rechenexempel:

Rund 75,000 Schuhmacherlehrlinge

befinden sich zur Zeit in Deutschland, die, wenn ihre Lehrzeit zu Ende ist, zum weitaus größten Teil entlassen werden. Und genau so viele sind dann arbeitslos, und genau so viele werden dem selbständigen legitimen Schuhmacherhandwerk zwangsläufig — denn jeden wollen auch diese — in den Rücken fallen, als Schwarzschuster oder als Gehilfen der Schnellbesohlanstalten, die naturgemäß besonders gerne Gesellen aus der Nachbarschaft einstellen werden.

In allen Versammlungen wird als Hauptgrund der Not im Schuhmacherhandwerk der Mangel an Arbeit und als erster Weg zur Linderung der Not die Beseitigung der großen Unordnung des Schuhmacherhandwerks bezeichnet. Wenn aber die Lehrlingszüchter noch weiter das Material für die Zukunftskonkurrenz schaffen, dann ist alle Mühe der Innungen umsonst, überhaupt aller Organisationen, die mit den Behörden um eine bessere Lebensstellung des Schuhmacherhandwerks kämpfen.

Aber neben der materiellen Seite hat die Lehrlingseinstellung auch noch eine ethische Seite: Jeder Handwerksmeister bedenke wohl, daß er dem jungen Manne gegenüber und daß er auch dessen Eltern gegenüber mit der Einstellung ausdrücklich eine schwere moralische Verpflichtung übernommen hat, die gewissenhaft zu erfüllen er bestrebt sein soll. Jedoch auch in wohlverstandenem eigenen Interesse mag jeder Handwerksmeister für sein Teil dafür sorgen, daß der Satz zu Schanden werde, der da lautet: „Der schlimmste Feind des Handwerks ist der Handwerker selbst."

Es mußte schon weit gekommen sein, bevor sich die Erkenntnis von der Verwerflichkeit und Sinnlosigkeit einer planlosen Lehrlingszüchterei in den leitenden Kreisen des Schuhmacherhandwerks durchsetzt und zu diesem Notschrei verdichtet hat. Wir fürchten jedoch, daß seine Wirkung nicht nachhaltig genug sein wird, wenn nicht bei den Handels- und Gewerbeministerien eine einschränkende Verordnung über die Zahl der zu haltenden Lehrlinge erreicht wird.

Dann werden die Innungen, in deren Berufen ähnliche Mißstände herrschen, zu der gleichen Einsicht kommen und die entsprechenden Abwehrmaßnahmen ergreifen?

Hoffentlich nehmen auch etliche Berufsberater und Fürsorgerinnen von diesem Appell der Schuhmachermeister Notiz und führen den übersetzten und niedergehenden Berufen nicht immer wieder neue Lehrlinge zu."

Den Nachsatz, den der „Vorwärts" anfügt, muß man kräftig unterstreichen. Wir haben seit Jahren die Zaghaftigkeit und Lässigkeit der Innungsorganisationen festnageln müssen, die sich immer wieder scheuten, gegen die Lehrlingszüchterei endlich mit wirksameren Mitteln vorzugehen. Nichtsdestoweniger wird es gut sein zur Aufklärung des Publikums in der örtlichen Tagespresse auf die aus obigem Artikel sprechende Selbstbesinnung in den Kreisen der Meister hinzuweisen.

Lehrlingshaltung im Schuhmacherhandwerk

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe führt zur Frage der Lehrlingshaltung im Schuhmacherhandwerk in einem Erlaß an den Preußischen Handwerkskammertag u. a. folgendes aus:

„Eine Reihe von Handwerkskammern hat in den einschränkenden Bestimmungen vorzusehen, daß die Ausbildung von Lehrlingen nur in solchen Betrieben zulässig sein solle, in denen Maharbeiten anzufertigen sind. Da das geltende Recht im Gegensatz zum Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes bestimmte Anforderungen an die Lehrbetriebe wohl, wiewohl jedem Handwerker, der die Anleitungsbefähigung besitzt, die Ausbildung mindestens eines Lehrlings gestattet, konnte ich derartige Bestimmungen in meinem Bereiche nicht verschmähen. Ich aber im Endziel auf die Güte und den Umfang der Ausbildung die Beschränkung von Schuhmacherlehrlingen in solchen Betrieben sehr erwünscht ist, bitte ich den Preußischen Handwerkskammertag, auf die Handwerkskammern dahin einzuwirken, daß insbesondere weitgehende Unterbindung der Ausbildung in Betrieben Sorge zu tragen. Ich ersuche ferner, den Handwerkskammern dringend nahe zu legen, von ihrem Aufsichtsrechte weitgehend Gebrauch zu machen und durch Beschlüsse insbesondere solche Betriebe des Schuhmacherhandwerks für ungeeignet zu erklären, bei denen von vornherein die Wahrscheinlichkeit vorliegt, daß die Berufsausbildung der Lehrlinge leidet. Auch die Innungen werden zur Mitarbeit heranzuziehen sein."

Man ersieht aus diesem Erlaß, daß selbst die Behörden bei dem Stand der jetzigen Gesetzgebung zur Bekämpfung der Lehrlingszüchterei wirksames in Aussicht stellen können. Das Ueberzüchten im Schuhmacherhandwerk ist nicht nur die Berufsverfehlung an Lehrlingen und Gehilfen, fordern vor allen Dingen, daß die große Masse der unter den Meistern gar nicht mehr auch soviel Aufträge zur Verfügung erhält, so daß eine sachgemäße Ausbildung der Lehrlinge unmöglich werden konnte. Wenn schon die heutigen Gesetze nicht ausreichen, um dem einzelnen Uebel zu begegnen, dann ist es an der Zeit, daß gesetzgeberisch brauchbare neue Bahnen beschritten werden.

Der Weg über das Aufsichtsrecht der Handelskammern erscheint uns praktisch ganz ohne Bedeutung, sonst hätte es ja nicht erst so weit zu kommen brauchen, wie es eben heute im Schuhmacherhandwerk ist. Die Innungsorganisationen in ihrer jetzigen Form taugen nichts. Die Handelskammern sind die oberen Organe der Innungszwangsanstalten selbst. Es hält immer sehr schwer und es kommt eine heftige Zähe, die Kammern zu bewegen, gegen einzelne oder Gruppen von Meistern, die offenbar geschäftlich nicht die volle Garantie für eine vollkommene Lehrlingsausbildung bieten können, vorzugehen. Bei dem heutigen Stand der Dinge sind für die Gesetze die Bedingungen, die hier in Frage stehen, auf Jahre hinaus noch im voraus gar nicht zu überlehen.

Wirksame Maßnahmen zur Behebung der dringendsten Mißstände im Lehrlingsausbildungswesen sind nach unserem Dafürhalten erst zu erreichen, wenn den von den Gewerkschaften gemachten Vorschlägen zum Berufsausbildungsgesetz, zum Arbeitsschutzgesetz, wie auch zur paritätischen Umgestaltung der Industrie und Handelskammern Rechnung getragen wird.

Gegen verschleierte Lehrlingshaltung

Durch die Innungspresse geht folgende Mitteilung.

„Beschäftigung einer verschleierten Lehrlingshaltung im Schuhmacherhandwerk durch Einstellung ungeschulter ungelernter Arbeiter.

(Erlaß des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 16. August 1928.)

Auf Grund unserer Vorstellungen beim Herrn Reichswirtschaftsminister hat der Reichswirtschaftsminister an die Reichsministerien der Länder folgendes Schreiben gerichtet.

Abschrift.

Der Reichswirtschaftsminister.
II L. Nr. 1355.

Berlin, den 16. August 1928.

An die Reichsministerien der Länder außer Sachsen.

Der Reichsverband des Deutschen Schuhmacherhandwerks hat unter Hinweis auf die durch die starke Beschäftigung noch scheinbare Notlage des Schuhmacherhandwerks um Maßnahmen zur Verhinderung der verschleierten Lehrlingshaltung im Schuhmacherhandwerk durch Einstellung ungeschulter ungelernter Arbeiter gebeten. Der Zentrale Handwerks- und Gewerbekammertag hat diesen Antrag unterstützt und darauf hinzugewiesen, daß immer wieder zu beobachten sei, daß der Versuch gemacht werde, die Bestimmungen über die Lehrlingshaltung dadurch zu umgehen, daß unter irgendwelchen Fadenschein Jugendliche in die Betriebe aufgenommen werden, ohne daß ein Lehrvertrag mit ihnen abgeschlossen wird, und ohne daß der Betriebsinhaber den Voraussetzungen der Gewerbeordnung als Lehrherr genügt.

Eine monatelange Eindämmung der Mißstände hatte auch ich für geboten. Indem ich in der Anlage den Abdruck einer Verordnung des Herrn sächsischen Generalstaatsanwalts an die Staatsanwälte und die Amtsanwälte vom 22. Dezember 1927 übersende, in welcher diese Stellen angewiesen werden, solche Fälle verschleierter Lehrlingshaltung zu verfolgen, bitte ich, den Erlaß einer entsprechenden Anweisung an die dortigen Strafverfolgungsbehörden in Erwägung ziehen zu wollen.

Im Auftrage:
ges. Dr. Reichardt.

Abschrift.

Verordnung über Anleitung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben.

Die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben ist erteilt an besondere Voraussetzungen geknüpft § 128 Gew. O. Handwerker, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, suchen das Gesetz dadurch zu umgehen, daß sie junge Leute zur Ausbildung einstellen unter der Bezeichnung als Gesellenbrüder und dergleichen. Ebenso verfahren Gewerbetreibende nach § 128 Gew. O. erteilte Beschränkungen in der Zahl der Lehrlinge, die ausbilden werden dürfen, dadurch zu umgehen, daß sie die überzahl der Lehrlinge unter solchen Bezeichnungen wie Arbeitsburschen übernehmen.

Das Gesetz enthält keine Begriffsbestimmung über das Lehrverhältnis. Es ein solches vorliegt, ist daher von Fall zu Fall zu prüfen. Im allgemeinen wird davon auszugehen sein, daß ein Arbeitnehmer dann als Lehrling anzusehen ist, wenn er ein Arbeitsverhältnis hauptsächlich zu seiner Ausbildung eingegangen ist. Welche Bestimmung dabei dem Arbeitsverhältnisse gegeben wird, ist bedeutungslos; verdeckte dieses Landmann Rohmer, Kommentar zur Gewerbeordnung, 7. Auflage, Vorbemerkungen zu Titel VII, Abschnitt III unter . . . — S. 190 ff.).

Die Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten und die Amtsanwälte wollen bei der Strafverfolgung von Fällen unerlaubter Lehrlingshaltung und Anleitung die oben dargelegte Auffassung vertreten um etwaigen Zweifelsfällen eine obertrichterliche Entscheidung herbeizuführen.

Dresden, den 22. Dezember 1927.

Der Generalstaatsanwalt: Unterschrift.

An die
Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten
und die Amtsanwälte."

*

Die Innungsleute vermuten mit ihrem Vorgehen in der Bekämpfung der Lehrlingsmisere offenbar nun den Stein der Weisen gefunden zu haben.

Wir können ihnen aber nicht beipflichten, daß mit derartigen Bestimmungen dem Unfug auf dem Gebiete des Lehrlingswesens wesentlich gesteuert wird. Daß Unberufene mit der Einstellung junger Leute nicht derart gegen das Gesetz verfahren, darüber wachen die Innungen sowieso schon mit Argusaugen. Wenn noch derartige Fälle vorkommen, dürften es sicher Einzelfälle sein.

Der Lehrlingsmisere im Schuhmacherhandwerk, d. h. der Berufsverfehlung geht man mit derartigen Mitteilchen nicht auf den Leib. Man erreicht allerdings, daß die Monopolstellung in der Lehrlingshaltung durch die Innungsmeister nicht durchbrochen wird. Geändert wird nichts an der Tatsache, daß es genug Innungsmeister gibt, die aber genugsam Reinarbeit zur Ausbildung eines Schuhmachergehilfen gar nicht verfügen. Darin liegt aber eine wichtige Seite des Uebels. Wenn das Handwerk einer wirklichen Gesundung zugeführt werden soll, dann muß ganz anders und an der richtigen Stelle angepackt werden.

Berufsschulbesuch ist auf die Arbeitszeit anzurechnen

Nachholen der Schulstunden unzulässig.

Ein Bäckermeister im Bezirk Leipzig beschäftigte einen Lehrling längere Zeit hindurch täglich fast zwei Stunden länger, als in den gesetzlichen Bestimmungen vorgesehen ist. Er wurde deshalb zur Anzeige gebracht. Vor Gericht führte er zu seiner Entschuldigung an, daß die Stunden, die durch Besuch der Fortbildungsschule eingestellen seien, auf die übrigen Wochentage verteilt wurden. Extrentlicherweise hat das Gericht diesen Standpunkt, der mit dem Gesetz in Widerspruch steht, nicht geteilt und den Bäckermeister zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt. Diese wichtige Gerichtsentscheidung muß unbedingt von unseren Mitgliedern in allen Orten beachtet werden. Bestimmt gibt es genug Betriebe, wo die Lehrlinge die Zeit des Schulbesuchs durch längere Arbeit wieder hereinbringen müssen. Wir fordern schon längst, daß bei der Regelung des gesetzlichen Jugendschutzes unter allen Umständen der Schulbesuch mit an die Arbeitszeit hinzuzurechnen werden muß. Der Besuch der Fortbildungsschulen dient lediglich zur theoretischen Ausbildung für die Lehrlinge und ist daher auch mit als Arbeitszeit anzurechnen.

Das Urteil wird von der Innungsfachpresse wahrscheinlich nicht mit Behagen abgedruckt werden. Es wird sich aber empfehlen, daß die Gehilfen in den Lehrlingsausschüssen davon Notiz nehmen und es gegebenenfalls anwenden den Meistern gegenüber.

Auch wir vor halten wir an der Anfassung fest, daß es an der Zeit ist, durch klipp und klare Gesetzesbestimmungen die Materie so zu regeln, daß es nicht besonderer Gesetzesauslegungen mehr bedarf.

Vom „Salamander"-Betrieb

Die „Salamander" Schuhfabrik in Kornwestheim mit ihren 3000 Arbeitern ist die größte Schuhfabrik in Deutschland. Sie fabriziert bekanntlich nur Rahmenschuhe. Die Gründer der Fabrik, heute noch Mitinhaber, waren kleine Schuhmacher. Groß geworden sind sie durch die vielen fleißigen Arbeiterhände, die ihnen Profit jahrlich verzehnten. Ohne diese Tausenden von Arbeitsbienen wäre der Betrieb sicher noch ein unscheinbares Unternehmen. Die öffentliche Bedeutung der Fabrik und das Ansehen, welches ihre Gründer und Leiter genießen, ist auch nur ein Erfolg, den die Arbeiter mit ermöglichen. So halfen die Arbeiterhände zu perlenfarben Ehren und ansehnlichen Reichtümern, während

Lehrstoff für die Weiterbildung

Was jeder wissen sollte

Erläuterungen von Schlagwörtern für Leseexigierige.

Von M. Abamowitsch-Jesimof.

(Nachdruck sowie Uebersetzung ohne Genehmigung des Verfassers verboten.) 3)

Entwicklungs- und Hergeschaftsformen

Evolution ist die Weiterentwicklung der Dinge und Zusammenhänge innerhalb einer bestehenden Ordnung: eine Entwicklung also, die, bei aller Veränderung der einzelnen Teile, den Grundzug des ursprünglichen Gesamtsystems aufrechterhält. Mit anderen Worten: Evolution ist das Wachstum eines bestehenden Systems. So bilden z. B. Säugling, Kleinkind, Jüngling, Mann, Greis einzelne Evolutionsstoppen im Werdegang des Körpersystems „Mensch"; mit dem Tode eintritt und dem mit ihm beginnenden Zerfall des bisherigen körperlichen Systems hört auch der Evolutionsabschnitt „Mensch" auf. Dasselbe trifft auch für den Begriff der gesellschaftlichen Evolution zu. Als soziale Evolution ist also eine, aber auch nur solche, gesellschaftliche Entwicklung zu bezeichnen, die sich innerhalb einer bestimmten sozialen Ordnung vollzieht, ohne diese zu beeinträchtigen.

Revolution wird nur allzu oft mit Revolte (Auflehnung) hymit Beseitigung eines bestehenden (wirtschaftlichen, politischen oder anderen) gesellschaftlichen Systems verwechselt. Manche glauben, ihr Hauptmerkmal in der von den Aufständischen geübten Gewaltanwendung zu finden. Daß das letztere nicht zutrifft, ergibt sich schon allein aus dem Umstande, daß die Menschheitsgeschichte vielfache Fälle von Revolutionen verzeichnet, bei denen gar keine Gewaltanwendung vorlag (z. B. bei den Aufkommen und der Zeaeslauf der Maschine sich ohne jegliche Gewaltanwendung vollzogen; und doch war es die größte aller Revolutionen, die die Technik der Gutenbergzeit kennt. Anderseits wurden bisweilen langwierige und blutige Kämpfe geführt zu dem Zweck, innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung irgendeine Teilreform durchzuführen; Kämpfe also, die, wiewohl von Gewaltanwendungen begleitet, doch ganz und gar nicht revolutionär waren. — Daß aber auch die Beseitigung einer bestehenden Gesellschaftsordnung an sich noch keineswegs Wesen und Merkmal von Revolution ausmacht, ist aus der Tatsache zu ersehen, daß das Gegenteil von Revolution, nämlich die Konter-Revolution, genau dasselbe Moment aufweist. Die Beseitigung der bestehenden (republikanischen) Ordnung bezweckte auch der konterrevolutionäre Kapp-Putsch von 1920 in Deutschland. Wenn aber zwei entgegengesetzte Dinge ein gleiches Moment aufweisen, so kann dieses Moment augenscheinlich nicht das besondere Merkzeichen eines dieser Dinge bilden. Das eigentliche Sondermerkmal der Revolution kann nur in einem Moment zu finden sein, durch das letztere nicht nur von Evolution, sondern auch von Konter-Revolution sich zugleich unterscheidet. Dieses unterscheidende Moment ist in dem Umstand gegeben, daß, während die Evolution die bestehende Ordnung aufrechterhält, die Konter-Revolution eine vorher bestandene Ordnung wiederherstellt, — schafft hingegen die Revolution stets eine Neuordnung der Dinge. Revolution ist somit nichts anderes, als das Aufkommen und Zum-Durchbruch-Gelangen einer gesellschaftlichen Neuschaffung (Neueinstellung), die Aufhebung des bisherigen Systems ist nur ihr Folge.

Diktatur (gesellschaftlich) ist die Herrschaft irgendeines Teiles der Gesellschaft über den anderen Teil und somit zugleich der politische Ausdruck für die jeweilige Lage des Schwerpunktes innerhalb des gegebenen sozialen Kräfteverhältnisses. In einer klassengegliederten Gesellschaft gibt es niemals ein absolutes Gleichgewicht der einander gegenüberstehenden Klassenkräfte; stets ist irgend eine Klasse oder Teile, oder eine Gruppe von Klassen den anderen an Macht und Bedeutung über, und übt kraft dieses Umstandes ihre Diktatur über die anderen aus. Diktatur — in diesem weiteren Sinne gedacht — ist somit überall dort gegeben, die eine Klassengesellschaft, gleichviel welcher Art, besteht: in der feudalen Gesellschaft, ebenso wie in der kapitalistischen, unter der absoluten Monarchie, ebenso wie in der demokratischen Republik. Die die Lebingende Ursache ist immer nur quantitativer Art: das Uebergewicht der einzelnen sozialen Kräfte.

Demokratie ist organisierter Selbstentscheid und Selbstvollzug der sozialen Mehrheit. Sie bedeutet zugleich die Klassendiktatur der sozialen Mehrheit über die Minderheit. Solange das Bürgertum die soziale Mehrheit in der kapitalistischen Gesellschaft bildet, herrscht es durch Demokratie über das Proletariat. Mit dem Moment aber, wo das Proletariat die soziale Mehrheit darstellt, übt es vermittels derselben Demokratie ebenfalls seine Diktatur über das Bürgertum aus. Demzufolge kann man zwar den Unterschied machen zwischen einer engeren (nur politischen) und einer erweiterten (politischen und wirtschaftlichen) Charakteristik, nicht aber zwischen der bürgerlichen als „formalen" und der proletarischen als „realen" Demokratie. Es ist im eigentlichen immer dieselbe Demokratie, die aber, je nach den Kräfteverhältnissen, bald der einen, bald der anderen sozialen Mehrheit zur Ausübung ihrer Klassendiktatur dient. In dem Maße, in welchem das Bürgertum allmählich aufhört, soziale Mehrheit zu sein, beginnt es die ihr seinerzeit vollkommene Demokratie, als Diktaturorgan der werdenden neuen sozialen Mehrheit, immer mehr zu verwünschen: es wird antidemokratisch.

Parlament ist die organisierte Vertretung der gesellschaftlich verschiedenen (differenzierten) Elemente. Es ist deshalb zur Austragung der Rechtskämpfe und sonstiger sozialen Interessengegensätze sowie die einzig geeignete Organisationsform, als es in der Gesellschaft noch verschiedene Klassen gibt.

Rat ist die organisierte Vertretung der gesellschaftlich verschiedenen (differenzierten) Elemente. Es ist deshalb zur Austragung der Rechtskämpfe und sonstiger sozialen Interessengegensätze sowie die einzig geeignete Organisationsform, als es in der Gesellschaft noch verschiedene Klassen gibt.

Rat ist die organisierte Vertretung eines sozialeinheitlichen Elements. Der Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft ist ebenso wie der Betriebsrat der Arbeitnehmer eines Industrieunternehmens die organisierte Vertretung einer einheitlichen Interessengruppe, also eines sozial einheitlichen Elements. Sitzen im Betriebsrat als gleichberechtigte auch die Vertreter des Unternehmens, so wäre es kein Betriebsrat, sondern ein Betriebs-Parlament. Als gemeinnützige und einzig geeignete Organisationsform der ganzen Gesellschaft kann deshalb der Rat in einer bereits klassenloser Gesellschaft angewandt werden.

Arbeiterin, die es schafft, trotz jahre- und jahrzehntelanger Arbeit [illegible] nicht viel mehr als einen neuen kennen. Hier liegt so vieles ein [illegible]. Bei den Vorkämpfern der kapitalistischen Produktionsform [illegible].

Auch in anderer Beziehung zeigt die Firma so richtig das Bild der kapitalistischen Wirtschaftsmethoden. In früherer Zeit [illegible] man [illegible] Gewerkschaften barbarisch zu Felde. Die große Zahl [illegible] die diesen Betrieb verlassen mußten, pflastert den Weg der Firma. Erst als man sah, daß durch Hinauswurf von „unbrauchbaren Elementen" und [illegible] auf dem Wege der Zuchthaus- [illegible] nicht weiterkommen konnte, daß die Arbeiter sich dem Zentralverbande der Schuhmacher anschlossen und eine machtvolle Zahlstelle mit [illegible] entwickelte, war in der Entstellung der Firma ein Umschwung zu verzeichnen. Man aus von der „Zuchthaus- [illegible]" der deutschen Unternehmer zur „liberalen" Methode über. Diese Methoden wurden nicht aus edlem Triebe, sondern nur der Not gehorchend angewandt. Aber bei Anwendung jeder Methode war oberstes Gebot der Profit.

So blühte die Firma stürmisch auf. Fortwährend wurden die Betriebsanlagen vergrößert. Das starke wirtschaftlich und politisch den Umfang der Firma. Die Arbeiter aber blieben und sind heute noch diejenigen, die „im Schatten leben". Nun auf einmal scheint es, als wenn der Ausdehnungstrieb des Unternehmens einen Schlag versetzt erhalten hatte. Während der großen Krise, die im Jahre 1926 die Schuhindustrie durchtobte, konnte die Firma sich durchhalten, ohne Kurzarbeit einzuführen. Das gelang ihr, weil sie fast in allen bis dahin nicht von ihr berührten Orten neue Filialen errichtete. Damals schon war vorauszusehen, daß bei einer späteren Krise die Firma nicht mehr so leicht durch kommen wurde. Trotzdem wurde im Jahre 1927 der Betrieb durch Anbau von zwei Zuschneideln vergrößert. Diese beiden Stockwerke wurden, als der neue Krise schon ihre Schatten vorauswarf, noch vollgepfropft mit Maschinen und Menschenmaterial. Der Arbeiterrat machte die Firma darauf aufmerksam, daß derartige starke Erweiterungen der Produktionsmöglichkeiten sich nicht durchführen lassen. Darüber wurde mit einem Achselzucken hinweggegangen und der gute Rat erteilt, dafür nun die Firma Sorgen zu lassen. Nun müssen wir in die Werkstätten dieser großzügigen Betriebspolitik sehen. Die Firma meldet 1000 Leute zur Entlassung an und nach langem Verhandeln der Behörde bekommt sie 300 genehmigt.

Das Unternehmen befindet sich in einer Krise. Diese Krise — die an sich noch nicht so starke Auswirkungen hat wie in manchen anderen Betrieben der Schuhindustrie — hat die Leitung sofort kopflos werden lassen. Genau wie in jeder kleinen Tischerei, so meint man nun, könne die Krise nur überwunden werden auf Kosten der Arbeiter. „Die Löhne sind zu hoch, die Leistungen zu niedrig", das ist das Aus und Ein der Aeußerungen der Firma, also Lohnabbau und Steigerung der Leistung, damit nur ja der Profit nicht leidet, nichts anderes weiß sie vorzuschlagen. Wenn der Arbeiterrat sich bereitgefunden hätte, mitzuwirken bei dem Abbau der Löhne und bei der Steigerung der Leistungen, dann — und nur dann — war die Firma bereit, auf die Entlassung von 1000 Arbeitern zu verzichten und dafür nur 60 bis 70 Arbeiter zu entlassen. Sie sagte aber einschmeichelnd hinzu, daß sie dann vorläufig auf die Entlassung von 1000 Personen verzichten wurde.

Sicher wäre, nachdem der Arbeiterrat willig bei den Maßnahmen der Firma mitgewirkt hatte, später die große Entlassung doch gekommen, zum mindesten war Gewahr gegeben, daß dies nicht geschehen wäre. Daß bei den Auseinandersetzungen einer der Herren erklärte, in solchen Situationen sei der Tarifvertrag nur ein Hindernis, wahrend man sich bei anderen Gelegenheiten schon so gern darauf berief, soll hier besonders festgehalten werden.

Bei der Firma ist eine Aenderung in der Leitung vor sich gegangen. Nach dem Tode des Herrn Levi, eines der Hauptaktionäre, mußte seine Stelle neu besetzt werden. Daher stritten sich die Geister. Jede Gruppe der Aktionäre — die Aktien befinden sich in den Händen von ein paar Familien — wollte den stärksten Einfluß erringen. Jeder Teil meinte, der kommende Generaldirektor solle ihr Mann sein. So kam es dazu, daß nicht — was nahe lag — einer der Herren aus der Familie L., sondern Herr H. Generaldirektor wurde, getragen von der Gruppe A. Dieser Generaldirektor ist politisch und wirtschaftlich nicht ein Mann der „liberalen" Auffassung, das konnte an Beispielen belegt werden. Er muß nun der Vollstrecker der reaktionären Gruppe der Aktionäre sein und das ist er, nicht nur weil er es sein muß, sondern auch, weil ansehnend eine persönliche Veranlagung ihn dazu besonders eignet.

Diese Entwicklung in der Firma verdient unsere große Beachtung, auch vom Standpunkt der Organisation der Arbeiterschaft aus. Die Wahrscheinlichkeit liegt nahe, daß in Zukunft auftauchende Angelegenheiten nicht mehr in dem früheren entgegenkommenden Sinne gelöst werden. Die Arbeiter werden wohl auch diese Entwicklung der Firma überwinden, genau so, wie sie den oben gezeichneten früheren Widerstand überwunden haben. Die Betriebsleitung, Herr H., wird sich daran gewöhnen müssen, daß eine Arbeiterorganisation da ist, daß sie mit ihren Mitgliedern eins verbunden ist und daß sie weiter bestehen wird, wenn man auch meint und direkt erklärt, die Gewerkschaften seien ein Uebel.

In der „Schuhfabrikantenzeitung" vom 23. September 1928 gibt die Firma als Grund der geplanten großen Entlassungen an, daß sie infolge des hohen Krankenstandes im letzten Winter genötigt gewesen sei, besonders umfangreiche Neueinstellungen vorzunehmen und nun sei sie genötigt, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage die Arbeiterschaft mit den geänderten Verhältnissen in Einklang zu bringen. Auf welche Begründungen, um sich sein Ansehen zu erhalten — wir nennen es Ausflüchte, einen anderen Ausdruck wollen wir nicht gebrauchen — man doch verfallen muß, um ein derartiges Vorgehen plausibel erscheinen zu lassen. Der hohe Krankenstand sei schuld, sagt man. Als im vorigen Jahre anläßlich der Veröffentlichung der von dem Unternehmen ausgezahlten Dividenden in einer Zeitung auf den hohen Krankenstand bei der Firma hingewiesen wurde, da war helle Empörung über diese Veröffentlichung bei der Firma vorhanden. Woher kommt der hohe Krankenstand? Die Arbeiterschaft der Firma setzt sich, das ist schon durch die örtliche Lage der Fabrikanlage bedingt, zu mindestens 50 Prozent aus ländlichen Arbeitern zusammen. Mithin aus Landwirtschaftsarbeitern, die einen gesunden, urwüchsigen Bevölkerungsstand haben. Wenn die Arbeiter zum Teil krank sind und es häufig werden, dann kann es doch nur mit daran liegen, daß die Wiedererlangung ihrer Arbeitskraft in keinem Verhältnis steht zu dem Verdienst, daß also ein Mangel in der Ernährung vorliegt. Daß der Arbeitsintensivität im Fabrikationsbetrieb ungeheuer gesteigert ist und die Körperkräfte der Arbeiter stark in Anspruch genommen werden, ist bekannt. Somit ist ein ganz Nahrboden geschaffen für Krankheitskeime. Wahr ist, daß die Krankenziffern bei der Firma derart hoch sind, daß die Ortskrankenkasse sich schon damit beschäftigt hat.

Wie will angesichts dessen die Firma das Verlangen auf noch größere Steigerung der Leistung begründen? Sollen die Arbeitskräfte zur höheren Ehre von 14 Prozent Dividenden noch schärfer angespannt und noch früher verbraucht werden?

Die Krankenziffern sind hoch, das bestätigt auch eine Statistik, die wir bei unseren Verbandsmitgliedern fahren. Da alle Arbeiter unserer Organisation angehören, kann man sich durch unsere eigene Statistik schon ein Bild machen, wie die Gesundheitsverhältnisse in dem Unternehmen liegen. Ursächlich ist aber auch alle Fälle, daß im letzten Winter die Krankenziffer derart hoch war, daß man, um den Normalzustand zu herstellen, 1000 von ihnen entlassen werden mußten. Nach unserer Statistik haben im vorhergehenden Jahre (1926) viel mehr Arbeiter unsere Krankenunterstützung in Anspruch genommen als im Jahre 1927, das trifft insbesondere zu für die Wintermonate Januar, Februar, März. Es ist also nichts mit der wunderbaren Umschreibung der Firma, um nicht in nackten Tatsachen die Gründe für die unoberkante Zahl von Entlassungen anzugeben. Die Tatsache besteht, man will die Krise überwinden auf Kosten der Arbeitskraften, denen man einen ganzen Feldzug verdankt. Man hatte auf Kosten müssen, um die Entlassungen überhaupt zu vermeiden, wie es anderwärts zur Zeit auch geschieht.

In der Gewinnausschüttung steht die Firma sicher nicht an letzter Stelle. Sie hat im letzten Jahre 14 Prozent Dividende verteilt. Wenn die starken Anklagen nicht gemacht worden wären, so hatte es sogar zu 20 bis 22 Prozent gereicht, ein Gewinn, der als unglaublich bezeichnet werden muß. Daneben wurden an die Aufsichtsratsmitglieder 250 000 Mark Tantiemen verteilt. Eine Viertelmillion für Leute, die für den Betrieb auch nicht den zehnten Teil dessen arbeiten, was die jungste Arbeiterin arbeiten muß. Eben hat man also Geld zu Hulle und Fulle. Sobald man aber die Arbeiter durchhalten soll, kann ist das unmöglich, dann muß man sich ihrer einfach entledigen. Nimmt man — zugunsten der Firma — an, daß der Durchschnittsstundenlohn sämtlicher Arbeiter pro Stunde eine Mark beträgt, so ergibt das, das Jahr mit 300 Arbeitstagen, gleich 2400 Arbeitsstunden, gerechnet, ein Durchschnitts Jahreseinkommen von 2400 Mark. Von der Viertelmillion, die die Aufsichtsrate bezogen, hatten also über hundert Arbeiter ein ganzes Jahr Lohn beziehen können. Oder anders gerechnet, man hatte die 700 Arbeiter, die zur Entlassung kommen, vier Monate ohne jede Arbeit ernähren können. Geht man aber weiter und nimmt die Dividenden hinzu — und man braucht nur die Summe zu nehmen, die aus einer normalen Verzinsung des Kapitals von 6 meinetwegen auch 8 Prozent sich ergibt, wie lange hatte man dann die Arbeiter ohne Entlassung ernähren können.

Es war also gut möglich, die Krise in der Firma auch mit anderen Mitteln zu überwinden. Aber es ist ja das tragische Schicksal der Arbeiter in der „gottgewollten" kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß, sobald der Profit ins Wanken gerat, das Kapital jede Rücksicht fallen läßt und auch über Leichen hinwegschreitet.

Unsere Kollegen müssen nun, nachdem der erste Anschlag auf ihre Lohnbedingungen abgewiesen ist, auf der Hut sein. Kollegen und Kolleginnen! Halter fest zusammen im Verbande, dann werden auch die reaktionären Träume eines Generaldirektors nicht in den Himmel wachsen.

Nachschrift: Wie uns noch mitgeteilt wird, hat die Firma doch noch 700 Entlassungen bei der Behörde angemeldet, so daß mit den 300 bereits Gekündigten die Zahl 1000 erreicht wird.

Was geht in Kornwestheim in der Zuschneide-Abteilung vor?

Diese Frage wurde am 3. Oktober in einer Zuschneiderversammlung so geklärt, daß die Antwort darauf jetzt den Mitgliedern unseres Verbandes und damit einer breiten, daran interessierten Oeffentlichkeit gegeben werden kann. Außer den bekannten Vorgangen (Massenentlassungen usw.) hat es sich die Firma Sigle & Cie. im besonderen auf die Zuschneider mit einer Kampfansage abgesehen. Diese besteht zunächst einmal darin, daß, wie der referierende **Kollege Staudle berichtete, die Firma versucht, die** Vertrauensmannerorganisation und die seither durchgeführte Lohnstatistik Seitens losgeworden. Damit nicht genug, hat die Firma die Absicht, ganz gewaltige Lohnverschlechterungen vorzunehmen. Diese sind so geplant, bei dem bei uns bestehenden Prämiensystem mit Lederzuschlag bei braunen Ledern im Durchschnitt 10 Prozent des Zuschlags abzuziehen. Dazu kommt aber noch, daß bereits bei allen neu angelegten Artikeln eine Senkung des seitherigen Durchschnitts Zundenverdienstes eingetreten ist.

Die Versammlung nahm in sachlicher, aber scharfer und entschiedener Weise hierzu Stellung und vertrat restlos die Auffassung, daß unter keinen Umstanden ein Lohnabbau hingenommen werden kann, zumal die Firma ihre Maßnahmen mit der richtigen Begründung bekanntgab, daß die Leder an sich und auch die Farbenzusammenstellung heute einen großen Teil besser seien; wogegen die Zuschneider fast durchweg gegenteilige Beweise erbringen. Da zudem ein derartiges Vorgehen gegen den Tarifvertrag verstoßt, lassen es die Zuschneider auf die vorgesehene Entscheidung ankommen. Es beweist das die Abstimmung über die weiter unten stehende Erklarung, die in geheimer Abstimmung bei 210 Anwesenden mit 209 gegen eine Stimme angenommen wurde. Diese Abstimmung dürfte kaum mehr einen Zweifel über die Stellung der Zuschneider aufkommen lassen. Der Inhalt der Erklarung ist:

„Die Zuschneider sind mit einer Kürzung des Zuschlags für blond Oberleder um 5 Prozent einverstanden unter der Bedingung, daß für schwarze Belastetsel ein Zuschlag von 5 Prozent erfolgt. Für alle anderen Artikel können die Zuschneider eine Kürzung des Zuschlags nicht zugeben, da bei diesen Artikeln eine solche nicht berechtigt ist."

Die Verhandlungskommission wurde beauftragt, in diesem Sinne zu arbeiten. Wegen einigen besonders harten Fallen von Entlassungen beschäftigt die Versammlung Einspruch zu erheben und schlagt dafur vor, wirtschaftlich Bessergestellte zu entlassen. (Dieser Einspruch ist inzwischen vollkommen abgelehnt worden. Ein Beweis der so viel gerühmten sozialen Einstellung der Firma!)

Eine besonders wichtige Angelegenheit stellte noch der Ausspruch des Direktors Dr. Hafner bei den letzten Sitzungen über die Massenentlassungen dar. Dr. Hafner erklarte dort: „Das Arbeiterratsmitglied Staudle unterstütze die Bremser; wenn er damit nicht aufhört, wird er entlassen."

Auf diese Mitteilung hin nahm die Versammlung nach scharfer Diskussion einstimmig die aus ihrer Mitte eingebrachte Resolution an:

„Die Zuschneiderversammlung vom 2. Oktober nimmt mit Entrüstung von der Aeußerung des Herrn Hafner Kenntnis und erklart, daß die Zuschneider restlos hinter ihrem Arbeiterratsmitglied stehen und sie übernehmen für dasselbe jede Verantwortung."

Mit dem Gelobnis, den Tücken der Firma entschlossen die Stirn zu bieten, fand die Versammlung ein würdiges Ende.

Mitteilungen

Heinrich Grünmeyer gestorben

Nach einem arbeitsreichen Leben hat unser Ehrenmitglied Kollege Heinrich Grünmeyer am 9. Oktober die Augen für immer geschlossen. Mit ihm scheidet wieder einer derjenigen Kollegen, die ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation gestellt haben.

Heinrich Grünmeyer wurde am 10. Dezember 1859 in Langenheim geboren. Nach der Schulzeit wählte er den Schuhmacherberuf. Durch langjährige praktische Arbeit in Schuhfabriken im Maintal bezirk wurde er mit den dortigen Verhältnissen so vertraut, daß die Kollegenschaft 1904, als man zur Anstellung eines Bezirksleiters schritt, in ihm den geeignetsten Mann für diesen Posten erblickte. Kollege Grünmeyer hat dieses Vertrauen zu rechtfertigen gewußt. Unermüdlich und stets ruhig taten wir ihm seinen Pflichtenkreis. Ueber manche verdrießliche Situation half ihm sein trockener Humor hinweg. Siebzehn Jahre lang hat er den Posten des Bezirksleiters ausgefüllt, bis ihn die Mitglieder aus das Amt niederriefen, und weil dauernd invalid geworden, in Pension treten zu lassen. Durch seine Wirksamkeit ist in manchem Ort und Bezirk für die geordneten Verhältnisse und Bedingungen gesorgt worden, die für das heutige Tarifverhältnis die Voraussetzung waren. Durch seinen offenen, ehrlichen Charakter hat er der Bezirksbeine sich viele Freunde erworben, die nun trauernd an seiner Bahre stehen. Das Andenken Heinrich Grünmeyers, das ein Vorbild treuer Pflichterfüllung war, werden wir stets in Ehren halten.

Kronach

Adressen-Mitteilung. Ab 1. Oktober 1928 sind folgende Adressen maßgebend: 1. Bev.: Max Grebner, Kronach (Ofr.), Redacher Straße 211. 2. Bev.: Hans Zehrdert, Kronach (Ofr.), Landrichterstraße 1.

Landsberg an der Warthe

Bei Arbeitsanfragen, nach Landsberg a. W. ersuchen wir, um Enttäuschungen zu entgehen, sich erst bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Literatur

Tord Folcton

Vom Verlag des „Courier" herausgebracht, und von dort (Berlin SW 19, Michaelkirchplatz 11) zu beziehen, ist die Verviefältigung einer Radierung im Kupferdruck von Professor Jacobus Weiler „Tord Folcton" erschienen. Größe des Bildes 31×15 cm. Preis ungerahmt 1 cm, gerahmt 6 cm.

In ernsten Vorzeiten, als es noch keine „Geschichtsschreiber" gab, erlebte die Ballade die ganze Literatur. An Aeikinoslagen wurde die Stammesangelegenheiten besprochen und der Barde sang sein Lied von „Braven Warne". Diese Tradition war für die damalige Zeit die [illegible] Geschichtswissenschaft; im übrigen war der „Chronist" noch nicht geboren. Das Volkslied entstand und wurde mündlich durch Generationen überliefert. Die Urform des Volksliedes war die Ballade. Große Taten wurden immer wieder verrückt, das Echte, Rechte und Einfache der alten Ballade nachzuschaffen. Diesen Versuchen verdankt „Tord Folcton" seine Entstehung.

Es gibt keinen Arbeiterlanger, der nicht mit besonderer Inbrunst und verhaltener Begeisterung dieses Kämpfers gedachte. Zum Glück gab sich ein Künstler, der dem „Folcton" in einer Radierung von seltener Kraft und schwarze Gestalt gab. Professor Jacobus Weiler hat er wunderbar ausgeschaffen, das in seiner Herbheit warmes, leuchtendes Leben atmet. Das Vorwärtsdrängen und Traubsein ist hier keine romantisch ideatische Verschönerung, sondern der Ausdruck kollektiven Handelns im Tiefste der Arbeiter. Das Todesopfer „Folcton" ist hier herrlicher Ausdruck menschlicher Tatverentschaft.

Das ist das Große, Herrliche, daß auf der Welt: „Das Banner muß stehn, wenn der Mann auch fällt."

„Kulturwille", Nr. 10, V. Jahrgang. „Proletarische Festgestaltung" [illegible]

Eingeleitet 30 Pfg., Jahresabonnement 3 RM. Arbeiterbildungsinstitut Leipzig Volkshaus.

„Le Traducteur", französisch deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt, kann für den Selbstunterricht wie für den Schüler warm empfohlen werden. Probeheft kostenlos durch den Verlag des „Traducteur" in La Chaux de Fonds (Schweiz).

Bekanntmachung des Zentralvorstandes

Vom 14. bis 20. Oktober 1928 ist der 42. Beitrag fällig.

Ausschlüsse aus dem Verbande.

Auf Antrag der Zahlstelle Obermelsdorfen wurde das Mitglied Ernst Buchfeld, B. Nr. 111.011, eingetreten am 27. Mai 1927 in Köln a. Rh., auf Grund des § 8 Ziffer 2 Abs. 4 des Statuts, wegen unkollegialen Verhaltens, mit sofortiger Wirkung aus dem Verband ausgeschlossen.

Auf Antrag der Zahlstelle Burg b. M. wurden die nachstehend verzeichneten Mitglieder auf Grund des § 8 Ziffer 2 Abs. 4 des Statuts wegen Streikbruchs, mit sofortiger Wirkung aus dem Verbande ausgeschlossen:

Eilbert Tiebe (Karte), eingetreten am 2. Mai 1927; Fritz Fred (Karte), eingetreten am 21. Mai 1924; Lina Gohlke, B. Nr. 116.127, eingetreten am 30. Januar 1922; Grete Müller, B. Nr. 101.453, eingetreten am 15. August 1921; Max Peterle, B. Nr. 152.038, eingetreten am 12. Januar 1925, und Marianne Schulz, B. Nr. 97.533, eingetreten am 13. September 1921, sämtlich eingetreten in Burg b. M.

Nürnberg, den 13. Oktober 1928.

Der Vorstand.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg
Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (A. Simon), Nürnberg, Essenweinstraße 1.

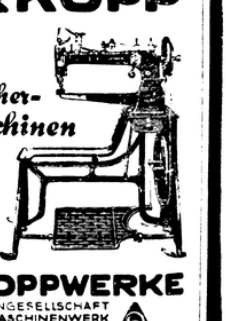
Anzeigen

Fachschule für d. Schuhindustrie
Deutsche Fachschule für d. Klebeverfahren. Staatl. Konz. d. Leist. Maschinen. Gewerbl. u. Stadt. Schulen. Kurse 1/2 Mon. Prosp. u. Verbandsmitgl. 10 und 20 Ermäßigung.

Der Schuhindustrielle
Fachzeitschrift für die Schuhindustrie
Größter Auflage ist nun erschienen
Probenummer 3 Gratis. Jahrlich 12 Hefte.
H. Franke, Arlern 17

Meisterfabrikat **Nähmaschinen, Holznagelmaschinen, Ausputzmaschinen**
neuwertig, mit voller Garantie [illegible]

Unliebsam verspätet.
Unserer lieben Kollegin Grebel Hilda zu ihrer am 26. September 1928 stattgefundenen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche!
Die Zahlstelle Mannheim.

DÜRKOPP
Schuhmacher-Nähmaschinen
sind unverwüstlich und von größter Leistungsfähigkeit
Auch gegen bequeme Teilzahlung

DÜRKOPPWERKE
AKTIENGESELLSCHAFT NÄHMASCHINENWERK
BIELEFELD.